



Europäische Akademie Berlin

# **Europa im Wandel. Großbritannien und die Europäische Union**

## **Unterrichtseinheit**

für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II

mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amts

\*\*\*\*\*

### **Autoren:**

Europäische Akademie Berlin

Claas Henschel, M.A.

Sina Lebert, M.A.

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte

[www.eab-berlin.eu](http://www.eab-berlin.eu)

Berlin, Dezember 2015



## Europa im Wandel.

### Großbritannien und die Europäische Union

#### Das schwierige Verhältnis zwischen Großbritannien und dem kontinentalen Europa

Wenn Briten nach Frankreich oder nach Deutschland fahren, sagen sie ganz selbstverständlich, sie reisen nach „Europa“. Man hat auf der Insel schon das Gefühl, dass Europa etwas anderes sei als das eigene Land.

In keinem Schulbuch fehlt die Rede, die Winston Churchill 1946 in Zürich gehalten hat. Er forderte darin die „Vereinigten Staaten von Europa“. Was sehr oft übersehen wird, ist, dass Churchill zwar einerseits sehr weitsichtig die Zukunft für den europäischen Kontinent skizziert hat, indem er die deutsch-französische Aussöhnung zur Grundlage einer Nachkriegsordnung gemacht hat, dass er aber andererseits deutlich hervorgehoben hat, dass Großbritannien in diesem Europa nicht die Rolle eines Mitglieds, sondern eines Partners spielen solle. Großbritannien, so wurde in der Regel deutlich, habe ja mit dem Commonwealth sein eigenes Bündnis. Nicht vergessen werden darf übrigens, dass Churchill zum Zeitpunkt seiner Rede kein offizielles Amt bekleidete.

So ist es auch folgerichtig, dass Großbritannien an den Versuchen, dem Europarat, der im Mai 1949 gegründet wurde, echte Kompetenzen zuzuweisen, nicht beteiligt war. Die britische Politik war klar: Kooperation ja, Souveränitätsverzicht nein. Zwar war es ein britischer Unterhausabgeordneter, Ronald Mackey, der den Vorschlag in die Beratungen brachte, mit dem Europarat eine „politische Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten“<sup>1</sup> zu schaffen, aber diese Idee fand keine Mehrheit.

Da es nicht gelang, den Europarat zu einer supranationalen Institution auszugestalten, gründeten sechs Staaten die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), deren Vertrag 1951 geschlossen wurde und 1952 in Kraft trat. Großbritannien war nicht dabei und konnte sich einige Jahre später auch nicht dazu durchringen, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beizutreten, die durch die Römischen Verträge 1957 gegründet wurde. Zwar waren britische Vertreter bei der Vorkonferenz von Messina, auf der die Weichen für die EWG gestellt wurden, anwesend, aber das Königreich beschloss dann doch, dieser Integrationsstruktur fernzubleiben.

1960 war Großbritannien eine treibende Kraft, die EFTA (*European Free Trade Association*), die Europäische Freihandelsassoziation, zu gründen. Man wollte damit eine europäische Integrationsstruktur auf wirtschaftlichem Gebiet schaffen, die ohne Souveränitätsabtretung auskam.

Die EFTA hat die in sie gesetzten Erwartungen allerdings nie wirklich erfüllt, so dass die meisten Mitglieder nach und nach der europäischen Gemeinschaft beigetreten sind. Heute besteht die EFTA noch aus Norwegen, Island, Liechtenstein und der Schweiz. Auch Großbritannien nahm in den 1960er Jahren einen Kurswechsel vor und beantragte die Mitgliedschaft in den europäischen Gemeinschaften, stieß damit jedoch beim

französischen Präsidenten de Gaulle auf Ablehnung. Erst nachdem de Gaulle von seinen Bürgern in einem Referendum über die regionale Neustrukturierung Frankreichs aufs Altenteil geschickt wurde, war der Weg für Großbritannien frei. 1973 vollzog das Land gemeinsam mit Irland, das mit Großbritannien wirtschaftlich eng verbunden war, und Dänemark den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Allerdings war die Mitgliedschaft in der EG im Land selbst nicht unumstritten, sodass die Regierung 1975 ein Referendum über den weiteren Verbleib des Vereinigten Königreichs in der europäischen Integration durchführen musste. Zwei Drittel sprachen sich allerdings für die weitere Mitgliedschaft Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften aus.

In gewisser Weise war die britische Mitgliedschaft jedoch ein Missverständnis von beiden Seiten. Während die Briten annahmen, dass die Kontinentaleuropäer die Formel von der „immer enger werdenden Union“ nicht wirklich ernst nehmen würden, hofften die anderen, dass Großbritannien, wenn es einmal Mitglied in der Integrationsstruktur sei, diesen Kurs schon übernehmen werde. Beide Seiten haben sich – wie sich heute klar zeigt – getäuscht.

Das Fremdeln der Briten mit der Europäischen Union ist also keineswegs neu, zumal der Ausbau der Integration in Großbritannien immer mit viel Kritik begleitet wurde. Man wolle nicht von Brüssel regiert werden, war und ist ein regelmäßig zu hörender Satz. Wichtigen Integrationsschritten wie der Schaffung des Schengen-Raums oder der Währungsunion hat Großbritannien sich daher entzogen. Auch im Bereich der Rechts- und Innenpolitik erklärte das Vereinigte Königreich von Anfang an, dass es viele Regelungen nicht übernehmen werde. Neu an der jetzigen britischen Haltung ist also nicht die Distanz zur Europäischen Union, sondern ein Strategiewechsel insofern, als Großbritannien sich nicht mehr damit begnügen will, Sonderrechte zu haben, sondern eine Änderung der Regeln für alle fordert. Ein Ziel, das Großbritannien erreichen möchte, ist dabei interessanterweise auch, dass die Formel von der „immer engeren Union“ („ever closer union“) der Völker Europas aus dem Artikel 1 des EU-Vertrags entfernt werden soll. Insgesamt präsentiert Großbritannien vier Forderungspakete. Das ist neben der Änderung der Formel von der immer enger werdenden Union, aus der übrigens keinerlei Rechtsfolgen abgeleitet werden können, die verstärkte Einflussnahme auf Entscheidungen der Eurozone, der Großbritannien ja nicht angehört und auch nicht angehören will, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union sowie die Einschränkung der Rechte von EU-Bürgern aus anderen Ländern. Hier geht es konkret darum, dass Großbritannien den Grundsatz des Binnenmarktes, dass alle Arbeitskräfte innerhalb dieses Marktes, egal, welche EU-Staatsangehörigkeit sie haben, auch bei der Inanspruchnahme von sozialen Leistungen gleich behandelt werden müssen, aufheben will.

Der britische Premierminister David Cameron verbindet mit dieser Initiative ein europapolitisches und ein innenpolitisches Ziel. Europapolitisch möchte er die Verpflichtungen, die aus der europäischen Integration erwachsen, verringern, innenpolitisch will er den Kritikern der europäischen Integration den Weg abschneiden.

---

<sup>1</sup> Loth, Wilfried: Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte, Frankfurt am Main/New York 2014, E-Book, S. 72 von 1504.



Zwar spielt im britischen Unterhaus die United Kingdom Independence Party (UKIP) keine große Rolle, das hat allerdings mit dem Mehrheitswahlrecht in Großbritannien zu tun - tatsächlich repräsentiert die UKIP einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung. So spielt Cameron ein gefährliches Spiel: Er hat die letzten Unterhauswahlen mit dem Versprechen gewonnen, die Briten über den Verbleib in der Europäischen Union abstimmen zu lassen. Nun fordert er von der Europäischen Union Zugeständnisse und macht diese zur Voraussetzung dafür, dass er sich für den Verbleib seines Landes in der Europäischen Union einsetzen werde. Zugespitzt formuliert kann man sagen, dass Cameron die Europäische Union mit einem Zustand erpresst, den er selbst mutwillig geschaffen hat. Allerdings besteht durchaus die Chance, dass dieses Spiel nicht aufgeht. Die Kritiker in Großbritannien werden von Cameron auf jeden Fall mehr fordern, als er als Ergebnis von den Partnern der Europäischen Union erzielen kann, sodass es durchaus möglich ist, dass Cameron an den von ihm selbst geschürten Erwartungen scheitert.

Die EU-Partner möchten Großbritannien in der Europäischen Union halten, allerdings nicht um jeden Preis. So sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zum bevorstehenden Europäischen Rat am 16. Dezember 2015 vor dem Deutschen Bundestag: „Wir wollen einerseits zu einer Vereinbarung kommen, mit der die britische Regierung beim geplanten Referendum erfolgreich für einen Verbleib in der Europäischen Union werben kann. Andererseits wollen und werden wir die grundlegenden Errungenschaften der europäischen Integration dabei nicht infrage stellen. Dazu gehören insbesondere das Prinzip der Freizügigkeit und das Prinzip der Nichtdiskriminierung zwischen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Diese Prinzipien stehen nicht zur Disposition.“<sup>2</sup>

Beim europäischen Gipfel im Februar 2016 soll über die britischen Forderungen beraten und eine Lösung der anstehenden Fragen konzipiert werden. Das Referendum hat David Cameron seinen Wählern bis spätestens 2017 versprochen, Beobachter gehen jedoch davon aus, dass er es schon 2016 durchführen will.

---

<sup>2</sup> Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 16. Dezember 2015.



## Methodisch-didaktische Hinweise

Das vorliegende Unterrichtsmodul befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Themenkomplex „Großbritannien und die Europäische Union“. Es wurde mit Blick auf die aktuellen Kernlehrpläne der Fächer Politik, Geschichte, Erdkunde und Englisch entwickelt und so konzipiert, dass es fach-, jahrgangs- und schulformübergreifend einsetzbar ist. Viele Materialien, die in diesem Modul eingesetzt werden, sind in den Sprachen Deutsch und Englisch verfügbar und eignen sich so auch hervorragend für die Verwendung im bilingualen Sachfachunterricht.

Wir haben uns dazu entschieden, die diesem Modul zugehörigen Arbeitsblätter lediglich mit Vorschlägen zur Einsetzbarkeit im Unterricht zu versehen, aber keine konkreten Frage- und/oder Aufgabenstellungen zu formulieren. Dieses Vorgehen scheint uns insofern begründet, da auf Grund der unterschiedlichen Schulformen, Klassenstufen und Unterrichtsfächer, in denen dieses Modul zum Einsatz kommen kann, wie auch der grundsätzlich heterogenen Schülerschaft die Materialien durch die Lehrkraft auf den Bedarf und das Leistungsspektrum der Schülerinnen und Schüler angepasst werden müssen.

Die Debatte über den möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU prägt seit Monaten die europäische Agenda. Zeit also, sich des Themas auch im Schulunterricht anzunehmen – umso mehr, da diese Debatte nicht so jung ist, wie sie manchem erscheinen mag, waren doch die Beziehungen Großbritanniens zur Europäischen Union zeitlebens ambivalent und von unterschiedlichen Zielstellungen dominiert. So setzt dieses Modul auch in den 1940er Jahren an – genauer gesagt mit der oft zitierten Rede Winston Churchills an die akademische Jugend, die er im September 1946 anlässlich eines Besuchs der Universität Zürich hielt. AB 1 nimmt eine Grundproblematik der europäisch-britischen Beziehungen in den Fokus: Churchill forderte nämlich in seiner Rede nicht nur die oftmals beschworenen Staaten von Europa, sondern machte zugleich klar, dass Großbritannien selbst kein Teil dieses Konstrukts sein wolle und werde – ein in der Regel vernachlässigter Aspekt, der aber aufzeigt, dass Großbritannien der EU schon in den ersten Anfängen des Integrationsprozesses skeptisch gegenüber stand.

Die dem Modul vorangestellten Hintergrunderläuterungen für die Lehrkraft zeigen weiterhin auf, in welcher Weise sich die Beziehungen Großbritanniens zur entstehenden Europäischen Union schwierig gestalteten – was den komplizierten bilateralen Beziehungen insbesondere zu Frankreich geschuldet war. Der Regierungswechsel in Frankreich im Jahr 1969 bereitete somit den Weg für den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Union im Jahr 1973 – doch schon im Jahr 1975 fand ein erstes Referendum über den Verbleib des Landes in der Gemeinschaft statt.

Die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit gegenwärtigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Großbritannien und mit Bezug zur Europäischen Union sollte diesen historischen Blick nicht außer Acht lassen. In der Beschäftigung mit dem frühen britischen EU-Skeptizismus bzw. der damaligen



Selbstverortung und den Bestrebungen Großbritanniens ist bereits die kontroverse Deutung heutiger Konfliktlinien vorgezeichnet, die sowohl im Fachunterricht Geschichte, wie auch Erdkunde und Politik/Sozialwissenschaft zum Tragen kommen kann.

Das Arbeitsblatt 2 ist im Original angegeben und spiegelt die aktuelle Position und die Forderungen des britischen Premierministers David Cameron. Die Schülerinnen und Schüler können in den folgenden Arbeitsblättern 3-5 auch die Positionen von Bundeskanzlerin Merkel wie auch von Donald Tusk, dem derzeitigen Präsidenten des Europäischen Rates, nachvollziehen. Die Materialien 1-5 ermöglichen es also, die Debatte in einem europäischen Kontext zu situieren und unterschiedliche Positionen nachzuvollziehen, kritisch einzuordnen und, mit dem entsprechenden Hintergrundwissen, auch die möglicherweise daraus resultierenden Folgen für das europäische Gefüge zu deuten.

Darüber hinaus bieten die Materialien Anknüpfungspunkte an strittige Punkte, die durchaus nicht nur von Großbritannien vorgebracht werden. Diese Herangehensweise eignet sich sehr gut, um mit den Schülerinnen und Schülern die Grundfesten der europäischen Integration zu thematisieren.

Arbeitsblatt 6 fasst wesentliche Aspekte der zuvor angerissenen Überlegungen zusammen.

Das Arbeitsblatt 7 schließlich bietet kontrastierenden Stoff zu der Debatte um einen möglichen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs, indem sie auf die engen wirtschaftlichen Verflechtungen Großbritanniens mit den anderen EU-Staaten eingehen. Die Zahlen demonstrieren deutlich die Bedeutung der EU für Großbritannien - ausgehend davon lässt sich für einzelne Aspekte ein Szenario für die Konsequenzen eines angedachten Austritts entwerfen.



## **AB 1a: Winston Churchill: Rede an der Universität Zürich, 19. September 1946 (Auszüge)<sup>3</sup>**

[...] Ich möchte heute über Europas Tragödie zu Ihnen sprechen. [...] Wäre jemals ein vereintes Europa imstande, sich das gemeinsame Erbe zu teilen, dann genossen seine drei - oder vierhundert Millionen Einwohner Glück, Wohlstand und Ehre in unbegrenztem Ausmaße. Jedoch brachen gerade in Europa, entfacht durch die teutonischen Nationen in ihrem Machtstreben, jene Reihe entsetzlicher nationalistischer Streitigkeiten aus, welche wir in diesem zwanzigsten Jahrhundert und somit zu unserer Lebenszeit den Frieden zerstören und die Hoffnungen der gesamten Menschheit verderben sahen.

Und welches ist der Zustand, in den Europa gebracht worden ist? Zwar haben sich einige der kleineren Staaten gut erholt, aber in weiten Gebieten starren ungeheure Massen zitternder menschlicher Wesen gequält, hungrig, abgehärmt und verzweifelt auf die Ruinen ihrer Städte und Behausungen und suchen den düsteren Horizont angestrengt nach dem Auftauchen einer neuen Gefahr, einer neuen Tyrannei oder eines neuen Schreckens ab. [...] Das ist alles, was die in so viele alten Staaten und Nationen gegliederten Europäer, das ist alles, was die germanischen Völker erreicht haben, nachdem sie sich gegenseitig in Stücke rissen und weit und breit Verheerung anrichteten. Hätte nicht die große Republik jenseits des Atlantischen Ozeans schließlich begriffen, dass der Untergang oder die Versklavung Europas auch ebenso ihr eigenes Schicksal bestimmen würde, und hätte sie nicht ihre Hand zu Beistand und Führung ausgestreckt, so wäre das finstere Mittelalter mit seiner Grausamkeit und seinem Elend zurückgekehrt. Meine Herren, es kann noch immer zurückkehren.

Und doch gibt es all die Zeit hindurch ein Mittel, das, würde es allgemein und spontan von der großen Mehrheit der Menschen in vielen Ländern angewendet, wie durch ein Wunder die ganze Szene veränderte und in wenigen Jahren ganz Europa, oder doch dessen größten Teil, so frei und glücklich machte, wie es die Schweiz heute ist. Welches ist dieses vorzügliche Heilmittel? Es ist die Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie, oder doch soviel davon, wie möglich ist, indem wir ihr eine Struktur geben, in welcher sie in Frieden, in Sicherheit und in Freiheit bestehen kann. Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten. Nur auf diese Weise werden Hunderte von Millionen sich abmühender Menschen in die Lage versetzt, jene einfachen Freuden und Hoffnungen wiederzuerhalten, die das Leben lebenswert machen. Das Vorgehen ist einfach. Das einzige, was nötig ist, ist der Entschluss Hunderter von Millionen Männer und Frauen, recht statt unrecht zu tun und dafür Segen statt Fluch als Belohnung zu ernten. [...]

Ich war sehr froh, vor zwei Tagen in den Zeitungen zu lesen, dass mein Freund Präsident Truman diesem großen Plan sein Interesse und seine Sympathie bezeugt. Es gibt keinen Grund, weshalb eine regionale europäische Organisation auf irgendeine Weise mit der

Weltorganisation der Vereinten Nationen in Konflikt geraten sollte. Ich glaube im Gegenteil, dass der größere Zusammenschluss nur lebensfähig bleibt, wenn er sich auf eng verbundene, natürliche Gruppen stützen kann. In der westlichen Hemisphäre gibt es bereits eine natürliche Gruppierung. Wir Briten haben unser eigenes Commonwealth. Dieses schwächt die Weltorganisation nicht, im Gegenteil, es stärkt sie. Es ist in der Tat ihre stärkste Stütze. Und warum sollte nicht eine europäische Gruppierung möglich sein, welche den verwirrten Völkern dieses unruhigen und mächtigen Kontinents ein erweitertes Heimatgefühl und ein gemeinsames Bürgerrecht zu geben vermöchte? Und warum sollte dieser nicht zusammen mit anderen großen Gruppen bei der Bestimmung des künftigen Schicksals der Menschheit seine berechnete Stellung einnehmen? Damit das zustande kommen kann, braucht es einen Akt des Vertrauens, an dem Millionen von Familien verschiedener Sprachen bewusst teilnehmen müssen. [...]

Ich sage Ihnen jetzt etwas, das Sie erstaunen wird. Der erste Schritt zu einer Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur so kann Frankreich seine moralische und kulturelle Führerrolle in Europa wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland. Wenn das Gefüge der Vereinigten Staaten von Europa gut und richtig gebaut wird, so wird die materielle Stärke eines einzelnen Staates weniger wichtig sein. Kleine Nationen werden genau soviel zählen wie große, und sie werden sich ihren Rang durch ihren Beitrag für die gemeinsame Sache sichern. Die alten Staaten und Fürstentümer Deutschlands, in einem föderalistischen System zum gemeinsamen Vorteil freiwillig zusammengeschlossen, könnten innerhalb der Vereinigten Staaten von Europa ihre individuellen Stellungen einnehmen. [...]

Ich will nun die Aufgaben, die vor Ihnen stehen, zusammenfassen. Unser beständiges Ziel muss sein, die Vereinten Nationen aufzubauen und zu festigen. Unter - und innerhalb dieser weltumfassenden Konzeption müssen wir die europäische Völkerfamilie in einer regionalen Organisation neu zusammenfassen, die man vielleicht die Vereinigten Staaten von Europa nennen könnte. Der erste praktische Schritt wird die Bildung eines Europarates sein. Wenn zu Beginn nicht alle Staaten Europas der Union beitreten können oder wollen, so müssen wir trotzdem damit anfangen und diejenigen, die wollen, und diejenigen, die können, sammeln und zusammenführen. Die Errettung der Menschen aller Rassen und aller Länder aus Krieg und Knechtschaft muss auf soliden Grundlagen beruhen und garantiert werden durch die Bereitschaft aller Männer und Frauen, lieber zu sterben, als sich der Tyrannei zu unterwerfen. Bei all diesen dringenden Aufgaben müssen Frankreich und Deutschland zusammen die Führung übernehmen. Großbritannien, das britische Commonwealth, das mächtige Amerika, und, so hoffe ich wenigstens, Sowjetrußland - denn dann wäre tatsächlich alles gut - sollen die Freunde und Förderer des neuen Europa sein und dessen Recht, zu leben und zu leuchten, beschützen.

Darum sage ich Ihnen: Lassen Sie Europa entstehen!



## **AB 1b: Winston Churchill: speech delivered at the University of Zurich, 19 september 1946 (extract)<sup>4</sup>**

[...] I wish to speak to you today about the tragedy of Europe. [...] If Europe were once united in the sharing of its common inheritance, there would be no limit to the happiness, to the prosperity and the glory which its three or four million people would enjoy. Yet it is from Europe that have sprung that series of frightful nationalistic quarrels, originated by the Teutonic nations in their rise to power, which we have seen in this twentieth century and even in our own lifetime, wreck the peace and mar the prospects of all mankind.

And what is the plight to which Europe has been reduced? Some of the smaller States have indeed made a good recovery, but over wide areas a vast quivering mass of tormented, hungry, care-worn and bewildered human beings gape at the ruins of their cities and their homes, and scan the dark horizons for the approach of some new peril, tyranny or terror. Among the victors there is a babel of voices; among the vanquished the sullen silence of despair. That is all that Europeans, grouped in so many ancient states and nations, that is all that the Germanic races have got by tearing each other to pieces and spreading havoc far and wide. Indeed but for the fact that the great Republic across the Atlantic Ocean has at length realised that the ruin or enslavement of Europe would involve their own fate as well, and has stretched out hands of succour and of guidance, but for that the Dark Ages would have returned in all their cruelty and squalor. Gentlemen, they may still return.

Yet all the while there is a remedy which, if it were generally and spontaneously adopted by the great majority of people in many lands, would as if by a miracle transform the whole scene, and would in a few years make all Europe, or the greater part of it, as free and as happy as Switzerland is today. What is this sovereign remedy? It is to recreate the European Family, or as much of it as we can, and to provide it with a structure under which it can dwell in peace, in safety and in freedom. We must build a kind of United States of Europe. In this way only will hundreds of millions of toilers be able to regain the simple joys and hopes which make life worth living. The process is simple. All that is needed is the resolve of hundreds of millions of men and women to do right instead of wrong and to gain as their reward blessing instead of cursing. [...]

I was very glad to read in the newspapers two days ago that my friend President Truman had expressed his interest and sympathy with this great design. There is no reason why a regional organization of Europe should in any way conflict with the world organization of the United Nations. On the contrary, I believe that the larger synthesis will only survive if it is founded upon coherent natural groupings. There is already a natural grouping in the western hemisphere. We British have our own Commonwealth of Nations. These do not weaken, on the contrary they strengthen, the world organization. They are in fact its main support. And why should there not be a European group which could give a sense of



enlarged patriotism and common citizenship to the distracted peoples of this turbulent and mighty continent? And why should it not take its rightful place with other great groupings and help to shape the onward destinies of men? In order that this should be accomplished there must be an act of faith in which millions of families speaking many languages must consciously take part. [...]

I am now going to say something that will astonish you. The first step in the re-creation of the European Family must be a partnership between France and Germany. In this way only can France recover the moral and cultural leadership of Europe. There can be no revival of Europe without a spiritually great France and a spiritually great Germany. The structure of the United States of Europe, if well and truly built, will be such as to make the material strength of a single state less important. Small nations will count as much as large ones and gain their honour by their contribution to the common cause. The ancient states and principalities of Germany, freely joined together for mutual convenience in a federal system, might take their individual places among the United States of Europe. [...]

I must now sum up the propositions which are before you. Our constant aim must be to build and fortify the strength of the United Nations Organization. Under and within that world concept we must re-create the European Family in a regional structure called, it may be, the United States of Europe. And the first practical step would be to form a Council of Europe. If at first all the States of Europe are not willing or able to join the Union, we must nevertheless proceed to assemble and combine those who will and those who can. The salvation of the common people of every race and of every land from war or servitude must be established on solid foundations and must be guarded by the readiness of all men and women to die rather than submit to tyranny. In all this urgent work, France and Germany must take the lead together. Great Britain, the British Commonwealth of Nations, mighty America and I trust Soviet Russia-for then indeed all would be well-must be the friends and sponsors of the new Europe and must champion its right to live and shine.

Therefore I say to you: let Europe arise!

---



## **AB 2: Letter by British Prime Minister David Cameron to Donald Tusk, President of the European Council<sup>5</sup>**

(7<sup>th</sup> of December 2015)

### **A NEW SETTLEMENT FOR THE UNITED KINGDOM IN A REFORMED EUROPEAN UNION**

Thank you for inviting me to write setting out the areas where I am seeking reforms to address the concerns of the British people over our membership of the European Union. [...]

I have been encouraged in many of my conversations with my fellow Heads of Government in recent months that there is wide understanding of the concerns that I have raised, and of the case for reforms that would benefit the European Union as a whole. [...]

The European Union has a long history of respecting the differences of its many Member States and of working to overcome challenges in a way that works for the whole European Union. For example, with the protocols and other instruments agreed for Denmark and Ireland, the EU was able to arrive at a settlement, which worked for each country and did not disadvantage other Member States.

Our concerns really boil down to one word: flexibility. And it is in this spirit that I set out the four main areas where the United Kingdom is seeking reform.

#### **Proposals for reform**

##### **1. Economic Governance**

There are today effectively two sorts of members of the European Union. There are Euro members and non-Euro members. As set out in Protocol 15, the United Kingdom has a permanent opt-out from the Eurozone. Other countries will in due course join the Euro. But, for now, there are nine of us outside; and it matters to all of us that the Eurozone succeeds. So we do not want to stand in the way of measures Eurozone countries decide to take to secure the long-term future of their currency. But we want to make sure that these changes will respect the integrity of the Single Market, and the legitimate interests of non-Euro members.

I am confident we can achieve an agreement here that works for everyone. Britain is not seeking a new opt-out for the UK in this area – we have the opt-out from the single currency we need. Nor are we looking for a veto over what is done in the Eurozone. What we seek are legally binding principles that safeguard the operation of the Union for all 28

---

<sup>5</sup> <http://blogs.lse.ac.uk/brexitvote/2015/11/10/dear-donald-the-text-of-david-camerons-letter-to-donald-tusk/>, letzter Aufruf: 28.12.2015.



Member States – and a safeguard mechanism to ensure these principles are respected and enforced.

These principles should include recognition that:

- The EU has more than one currency.
- There should be no discrimination and no disadvantage for any business on the basis of the currency of their country.
- The integrity of the Single Market must be protected.
- Any changes the Eurozone decides to make, such as the creation of a banking union, must be voluntary for non-Euro countries, never compulsory.
- Taxpayers in non-Euro countries should never be financially liable for operations to support the Eurozone as a currency.
- Just as financial stability and supervision has become a key area of competence for Eurozone institutions like the ECB, so financial stability and supervision is a key area of competence for national institutions like the [Bank of England](#) for non-Euro members.
- And any issues that affect all Member States must be discussed and decided by all Member States.

## 2. Competitiveness

People across Europe want the European Union to help generate growth and jobs. The United Kingdom has always been a champion of making Europe more competitive.

So the United Kingdom welcomes the current European Commission's focus on supporting economic growth and scaling back unnecessary legislation. This has included some important measures that British businesses have called for, such as the further steps towards a single digital market, which could add 3 per cent to EU GDP; and a Capital Markets Union, which will help get finance to entrepreneurs and growing businesses.

The United Kingdom also welcomes the new trade strategy published last month, reflecting an agenda we have been advocating for years and including pursuing potentially massive trade deals with America, China, Japan and ASEAN.

But with the best will in the world, we would all acknowledge that the EU can go much further. In particular, for all we have achieved in stemming the flow of new regulations, the burden from existing regulation is still too high. So the United Kingdom would like to see a target to cut the total burden on business. The EU should also do more to fulfil its commitment to the free flow of capital, goods and services. The United Kingdom believes we should bring together all the different proposals, promises and agreements on the Single Market, on trade, and on cutting regulation into a clear long-term commitment to boost the competitiveness and productivity of the European Union and to drive growth and jobs for all.



### 3. Sovereignty

As you know, questions of sovereignty have been central to the debate about the European Union in Britain for many years. I have three proposals in this area. First, I want to end Britain's obligation to work towards an "ever closer union" as set out in the Treaty. It is very important to make clear that this commitment will no longer apply to the United Kingdom. I want to do this in a formal, legally-binding and irreversible way.

Second, while the European Parliament plays an important role, I want to enhance the role of national parliaments, by proposing a new arrangement where groups of national parliaments, acting together, can stop unwanted legislative proposals. The precise threshold of national parliaments required will be a matter for the negotiation.

Third, I want to see the EU's commitments to subsidiarity fully implemented, with clear proposals to achieve that. As the Dutch have said, the ambition should be "Europe where necessary, national where possible". In addition, the UK will need confirmation that the EU institutions will fully respect the purpose behind the JHA Protocols in any future proposals dealing with Justice and Home Affairs matters, in particular to preserve the UK's ability to choose to participate. National Security is – and must remain – the sole responsibility of Member States, while recognising the benefits of working together on issues that affect the security of us all.

### 4. Immigration

The UK believes in an open economy. But we have got to be able to cope with all the pressures that free movement can bring – on our schools, our hospitals and our public services. Right now, the pressures are too great. The issue is one of scale and speed. Unlike some other Member States, Britain's population is already expanding. Our population is set to reach over 70 million in the next decades and we are forecast to become the most populous country in the EU by 2050. At the same time, our net migration is running at over 300,000 a year. That is not sustainable. We have taken lots of steps to control immigration from outside the EU. But we need to be able to exert greater control on arrivals from inside the EU too.

Britain has always been an open, trading nation, and we do not want to change that. But we do want to find arrangements to allow a Member State like the UK to restore a sense of fairness to our immigration system and to reduce the current very high level of population flows from within the EU into the UK. These have been unplanned and are much higher than forecast – far higher than anything the EU's founding fathers ever envisaged. These very substantial flows of population have, of course, also had a significant impact on a number of Member states, many of whose most highly qualified citizens have departed en masse. So this is a shared challenge.

We need to ensure that when new countries are admitted to the EU in the future, free movement will not apply to those new members until their economies have converged much more closely with existing Member States. We also need to crack down on the



abuse of free movement, an issue on which I have found wide support in my discussions with colleagues. This includes tougher and longer re-entry bans for fraudsters and people who collude in sham marriages. It means addressing the fact that it is easier for an EU citizen to bring a non-EU spouse to Britain than it is for a British citizen to do the same.

It means stronger powers to deport criminals and stop them coming back, as well as preventing entry in the first place. And it means addressing ECJ judgments that have widened the scope of free movement in a way that has made it more difficult to tackle this kind of abuse.

But we need to go further to reduce the numbers coming here. As I have said previously, we can reduce the flow of people coming from within the EU by reducing the draw that our welfare system can exert across Europe. So we have proposed that people coming to Britain from the EU must live here and contribute for four years before they qualify for in-work benefits or social housing. And that we should end the practice of sending child benefit overseas. I understand how difficult some of these issues are for other Member States and I look forward to discussing these proposals further so we can find a solution that deals with this issue.

## **NEXT STEPS**

As we agreed, the details of the reforms in each area are a matter for the negotiation itself. But I hope that this letter can provide a clear basis for reaching an agreement that would, of course, need to be legally-binding and irreversible – and where necessary have force in the Treaties. [...]

I believe that reform in these areas would address the UK's concerns and provide a fresh and lasting settlement for our membership of the European Union. Furthermore, I believe such reform is both reasonable and in the wider interests of the European Union as a whole.

The United Kingdom is the EU's second largest economy, the fifth biggest in the world. We bring an enormous contribution – political, economic, financial – to the European Union. If we are able to reach an agreement, it will show the world that, amongst the many more difficult issues it faces, the European Union is flexible enough to accommodate the concerns of its members. I hope and believe that together we can reach agreement on each of these four areas. [...]

Yours,

David



## **AB 3a: Ausschnitte aus dem Schreiben von Präsident Donald Tusk an den Europäischen Rat zum britischen Referendum über den Verbleib in bzw. den Austritt aus der Europäischen Union<sup>6</sup>**

(7. Dezember 2015)

Hiermit möchte ich Sie über den aktuellen Stand in Bezug auf das britische Referendum über den Verbleib in bzw. den Austritt aus der EU informieren, bevor wir diese Frage auf der Dezembertagung des Europäischen Rates erörtern.

Im November hat Premierminister Cameron vier Bereiche genannt, in denen er Reformen anstrebt, um den Bedenken der britischen Bevölkerung gegen eine Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union Rechnung zu tragen. [...]

Dies ist eindeutig eine umfangreiche und weitreichende Agenda. Bei den Konsultationen hat sich gezeigt, dass die Punkte, die der britische Premierminister genannt hat, schwierig sind. Gleichzeitig aber sind alle Seiten fest entschlossen, Lösungen zu finden, die dem britischen Anliegen entsprechen und der Europäischen Union insgesamt zugute kommen.

Wir haben uns die von Premierminister Cameron genannten vier "Körbe" angeschaut. Lassen Sie mich kurz darlegen, wo wir meiner Einschätzung nach diesbezüglich stehen.

1. Was die Beziehungen zwischen den Euro- und den Nicht-Euro-Staaten anbelangt, könnten wir nach einer Einigung suchen, etwa in Gestalt eines Bündels von Grundsätzen, die sicherstellen, dass sich das Euro-Währungsgebiet weiterentwickeln kann und effizient ist, ohne dass Mitgliedstaaten diskriminiert werden, die dem Euro-Währungsgebiet noch nicht angehören oder in einigen Fällen nie angehören werden. Wir prüfen auch, ob ein Mechanismus eingeführt werden kann, der diese Grundsätze untermauert, indem er den nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten die Gelegenheit bietet, Bedenken zu äußern und gehört zu werden, wenn sie den Eindruck haben, dass die Grundsätze nicht befolgt werden, wobei sich daraus kein Vetorecht entwickeln darf.

2. Was die Wettbewerbsfähigkeit anbelangt, so gibt es einen sehr starken Willen, die Verwirklichung dieses Ziels voranzubringen und das Potenzial des Binnenmarktes in jeder Hinsicht voll auszuschöpfen. Alle sind sich darin einig, dass weiter an einer besseren Rechtsetzung gearbeitet und die Belastung der Unternehmen verringert, gleichzeitig aber an den hohen Standards festgehalten werden muss. Auch der Beitrag des Handels zum Wachstum ist in dieser Hinsicht sehr wichtig, insbesondere die Handelsabkommen mit den wachstumsstarken Regionen der Welt.

3. Der dritte Korb betrifft die Souveränität. Es besteht weitgehendes Einvernehmen darüber, dass das Konzept einer "immer engeren Union der Völker Europas" verschiedene Integrationspfade für verschiedene Länder zulässt. Wer die Integration

---

<sup>6</sup> <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/12/07-tusk-letter-to-28ms-on-uk/>,  
letzter Aufruf: 28.12.2015.



vertiefen möchte, kann dies tun; er achtet aber den Wunsch derer, die keine weitere Vertiefung mehr wollen. Außerdem herrscht weitgehend Übereinstimmung hinsichtlich der Bedeutung der Rolle der nationalen Parlamente in der Union, und es wird großer Nachdruck auf das Subsidiaritätsprinzip gelegt.

4. Am heikelsten ist der vierte Korb betreffend Sozialleistungen und Freizügigkeit; über ihn müssen wir auf unserer Tagung im Dezember eine substanzielle politische Aussprache führen. Wir sehen zwar gute Aussichten dafür, dass wir uns auf Wege für die Missbrauchsbekämpfung und möglicherweise auf einige Reformen für den Export von Leistungen für Kinder einigen werden, aber es gibt gegenwärtig keinen Konsens über die Forderung, dass Menschen, die aus der EU nach Großbritannien kommen, dort vier Jahre lang leben und Beiträge zahlen müssen, bevor sie Vergünstigungen für Erwerbstätige oder Sozialwohnungen erhalten können. Das ist sicherlich eine Frage, zu der uns der britische Premierminister mehr sagen muss und über die wir eine offene Aussprache miteinander führen müssen, bevor wir weiter vorangehen.

Alles in allem haben wir nach meiner Einschätzung bisher gute Fortschritte erzielt. Wir brauchen noch etwas mehr Zeit, um einen präzisen Text zu all diesen Fragen abzufassen und die genaue Rechtsform der endgültigen Vereinbarung zu bestimmen. Außerdem müssen wir die beträchtlichen politischen Differenzen ausräumen, die wir nach wie vor in der Frage der Sozialleistungen und der Freizügigkeit haben. [...]

Abschließend möchte ich einige politische Bemerkungen vorbringen. Alle Beteiligten müssen ihren Teil der Verantwortung tragen. Ich werde als aufrichtiger Vermittler fungieren, aber alle Mitgliedstaaten und die Institutionen müssen Kompromissbereitschaft an den Tag legen, damit dieser Prozess ein Erfolg wird. Unser Ziel ist es, Lösungen zu finden, die den Erwartungen des britischen Premierministers entsprechen und zugleich die Fundamente festigen, auf denen sich die EU gründet. Unsicherheit über die Zukunft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union ist ein Faktor der Destabilisierung. Wir müssen daher einen Weg finden, um so schnell wie möglich eine Antwort auf die britischen Bedenken zu geben.

In Zeiten, in denen Geopolitik in Europa wieder aktuell ist, müssen wir geeint und stark sein. Dies liegt in unserem gemeinsamen Interesse und im Interesse eines jeden einzelnen Mitgliedstaats der EU. Das Vereinigte Königreich hat eine konstruktive und wichtige Rolle bei der Entwicklung der Europäischen Union gespielt, und ich bin sicher, dass es das auch in Zukunft tun wird.





## **AB 3b: Excerpt from the letter by President Donald Tusk to the European Council on the issue of a UK in/out referendum<sup>7</sup>**

(7<sup>th</sup> of December 2015)

I am writing to let you know where we stand on the issue of a UK in/out referendum before we address it at the December European Council.

In November Prime Minister Cameron set out the four areas where he is seeking reforms to address the concerns of the British people over UK membership of the European Union. [...]

Clearly this is a significant and far-reaching agenda. Consultations have shown that the issues raised by the British Prime Minister are difficult. At the same time there is a strong will on the part of all sides to find solutions that respond to the British request while benefiting the European Union as a whole.

We have been looking at the four baskets mentioned by PM Cameron. Let me briefly set out my assessment of where we are in this respect.

1. On the relations between the euro ins and outs we could search for an agreement around a set of principles that will ensure the possibility for the euro area to develop further and be efficient while avoiding any kind of discrimination vis-à-vis Member States that are not yet, or, in some cases, will not be part of the euro. We are also looking into the possibility of a mechanism that will support these principles by allowing Member States that are not in the euro the opportunity to raise concerns, and have them heard, if they feel that these principles are not being followed, without this turning into a veto right.

2. On competitiveness, there is a very strong determination to promote this objective and to fully use the potential of the internal market in all its components. Everybody agrees on the need to further work on better regulation and on lessening the burdens on business while maintaining high standards. The contribution of trade to growth is also very important in this respect, in particular trade agreements with fast growing parts of the world.

3. The third basket concerns sovereignty. There is wide agreement that the concept of "ever closer union among the peoples" allows for various paths of integration for different countries. Those that want to deepen integration can move ahead, while respecting the wish of those who do not want to deepen any further. There is also a largely shared view on the importance of the role of national parliaments within the Union as well as strong emphasis on the principle of subsidiarity.

4. The fourth basket on social benefits and the free movement of persons is the most delicate and will require a substantive political debate at our December meeting. While

---

<sup>7</sup> <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/12/07-tusk-letter-to-28ms-on-uk/>, letzter Aufruf: 28.12.2015.



we see good prospects for agreeing on ways to fight abuses and possibly on some reforms related to the export of child benefits, there is presently no consensus on the request that people coming to Britain from the EU must live there and contribute for four years before they qualify for in-work benefits or social housing. This is certainly an issue where we need to hear more from the British Prime Minister and an open debate among ourselves before proceeding further.

All in all it is my assessment that so far we have made good progress. We need some more time to sort out the precise drafting on all of these issues, including the exact legal form the final deal will take. We also have to overcome the substantial political differences that we still have on the issue of social benefits and free movement. [...]

Let me finally share with you some political remarks. All involved must take their part of responsibility. I will act as an honest broker but all Member States and the institutions must show readiness for compromise for this process to succeed. Our goal is to find solutions that will meet the expectations of the British Prime Minister, while cementing the foundations on which the EU is based. Uncertainty about the future of the UK in the European Union is a destabilizing factor. That is why we must find a way to answer the British concerns as quickly as possible.

In times when geopolitics is back in Europe, we need to be united and strong. This is in our common interest and in the interest of each and every EU Member State. The UK has played a constructive and important role in the development of the European Union and I am sure that it will continue to do so in the future.

## **AB 4: Ausschnitte aus der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin**

### **Merkel<sup>8</sup>**

(16. Dezember 2015 in Berlin)

[...]

Europa hat in den vergangenen Jahrzehnten vieles erreicht, von dem vorangegangene Generationen kaum zu träumen gewagt hätten. Statt in einem Europa des Krieges und der Unfreiheit leben wir heute in einem Europa des Friedens, der Freiheit, des Wohlstands und der guten Nachbarschaft, und das ist alles andere als selbstverständlich. Es ist das Ergebnis einer europäischen Politik, die immer wieder zähes Ringen, intensive Arbeit, Kompromissbereitschaft, Kompromissfähigkeit und auch gegenseitige Solidarität erfordert. Das ist aus meiner Sicht wichtiger denn je, da wir in Zeiten leben, in denen wir unsere Werte und Interessen in einem äußerst harten globalen Wettbewerb behaupten müssen.

Keinem Land in Europa wird es alleine gelingen, sich dauerhaft erfolgreich im globalen Wettbewerb zu behaupten. Keinem Land wird es alleine gelingen, den internationalen Terrorismus zu besiegen oder etwa den Klimawandel aufzuhalten. Keinem Land wird es alleine gelingen, die Folgen von weltweiter Flucht und Vertreibung zu bewältigen und ihre Ursachen zu beseitigen. Keinem Land wird es alleine gelingen, ein Leben in Wohlstand und Frieden zu sichern.

Deshalb dürfen wir gerade in schwierigen Zeiten nicht der Versuchung erliegen, in nationalstaatliches Handeln zurückzufallen. Abschottung ist im 21. Jahrhundert keine vernünftige Option.

[...]

Bei dem morgen beginnenden Europäischen Rat werden wir selbstverständlich auch über Großbritannien sprechen. Die Bundesregierung beteiligt sich konstruktiv an den Verhandlungen. Großbritannien wird seine Forderungen vorbringen, und wir wissen, dass die Aufgabe, hier eine Lösung zu finden, sehr anspruchsvoll ist.

Wir wollen einerseits zu einer Vereinbarung kommen, mit der die britische Regierung beim geplanten Referendum erfolgreich für einen Verbleib in der Europäischen Union werben kann. Andererseits wollen und werden wir die grundlegenden Errungenschaften der europäischen Integration dabei nicht infrage stellen. Dazu gehören insbesondere das Prinzip der Freizügigkeit und das Prinzip der Nichtdiskriminierung zwischen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Diese Prinzipien stehen nicht zur Disposition.

Was uns Hoffnung gibt, ist, dass bislang immer gute und einvernehmliche Lösungen gefunden wurden, wenn ein Mitgliedstaat Klärungsbedarf bezüglich seiner Rolle in der Europäischen Union sah. Das war 1992 bei Dänemark der Fall, und das war 2008 bei

---

<sup>8</sup> <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2015/2015-12-17-regierungserklaerung.html;jsessionid=81F6054C7EDB06453D6CCBBB952A1B5F.s1t2>, letzter Aufruf: 28.12.2015.



Irland der Fall. Ich bin deshalb auch zuversichtlich, dass es auch dieses Mal mit Großbritannien gelingen kann. [...]

Die morgige Debatte ist allerdings nur eine Zwischenstation. Denn am Ende wird es sehr auf die Details und die Ausgestaltung einer möglichen Vereinbarung ankommen. Deutschland jedenfalls wünscht sich, dass Großbritannien dauerhaft ein aktiver Partner in einer starken Europäischen Union bleibt.

Denn es ist eben nicht nur das Vereinigte Königreich selbst, das von seiner Mitgliedschaft profitiert; es ist auch die Europäische Union als Ganzes, die ohne das Vereinigte Königreich deutlich an Gewicht verlieren würde.

Großbritannien, das ist nicht nur der drittgrößte Mitgliedstaat, und das sind nicht nur 15 Prozent der Wirtschaftskraft der Europäischen Union. Großbritannien, das ist auch die Wiege des modernen Parlamentarismus und ein Wegbereiter unserer gemeinsamen europäischen Werte. Ihre Grundsteine wurden bereits im 17. Jahrhundert in England gelegt. Alle demokratischen Grundordnungen im heutigen Europa gehen ganz maßgeblich darauf zurück.

Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik ist Großbritannien ein enger und verlässlicher Partner, gerade für uns in Deutschland, aber auch für ganz Europa. Als ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat – und nicht nur dort – trägt Großbritannien ganz erheblich zum Gewicht der Europäischen Union in der Welt bei. Das ist gerade in diesen Zeiten von enormer Bedeutung, in Zeiten, in denen Europa international gefordert ist wie nie zuvor.

Und Großbritannien ist für mich ein Land, das in vielen europäischen Politikbereichen ähnliche Ziele verfolgt wie Deutschland. Es ist in vielen Fragen ein natürlicher Verbündeter. Das gilt vor allem dann, wenn es darum geht, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu fördern und den europäischen Binnenmarkt zu stärken. Dies ist dringend nötig; denn Europa muss auf einem wirtschaftlich soliden Fundament stehen, um auch alle anderen Herausforderungen überhaupt bewältigen zu können.

Deshalb ist es wichtig, dass sich der Europäische Rat auch mit dieser Frage beschäftigt. Wir dürfen nie vergessen, dass der europäische Binnenmarkt eine einzigartige Erfolgsgeschichte ist, von der mehr als 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger jeden Tag profitieren. Aber er muss in einigen Bereichen wesentlich gestärkt werden. Wir brauchen einen echten digitalen Binnenmarkt, der die Attraktivität des Standorts Europa für global agierende digitale Akteure verbessert. Herzlichen Dank an Thomas de Maizière und alle anderen Regierungsmitglieder, die daran mitgewirkt haben, dass die Datenschutz-Grundverordnung jetzt sozusagen verabschiedungsreif ist, auch wenn es einige Unzufriedenheiten gibt. Es ist ein Schritt in Richtung Binnenmarkt.

[...]

Wir brauchen eine Energieunion mit einem funktionierenden Binnenmarkt für Strom und Gas, der europaweit eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung gewährleistet. Zudem brauchen wir eine Kapitalmarktunion, die vor allem für kleine und



mittlere Unternehmen den Zugang zur Finanzierung verbessert und die Investitionen in Infrastruktur erleichtert.

Entscheidend für den künftigen Wohlstand in Europa ist auch der Freihandel. Deshalb muss es unser Ziel sein, die Verhandlungen für das Transatlantische Freihandelsabkommen im Laufe des kommenden Jahres abzuschließen.

[...]



## **AB 5: Excerpt of the letter by President Donald Tusk to the Members of the European Council on his proposal for a new settlement for the United Kingdom within the European Union<sup>9</sup>**

(2nd of February 2016)

Keeping the unity of the European Union is the biggest challenge for all of us and so it is the key objective of my mandate. It is in this spirit that I put forward a proposal for a new settlement of the United Kingdom within the EU. To my mind it goes really far in addressing all the concerns raised by Prime Minister Cameron. The line I did not cross, however, were the principles on which the European project is founded.

I deeply believe that our community of interests is much stronger than what divides us. To be, or not to be together, that is the question which must be answered not only by the British people in a referendum, but also by the other 27 members of the EU in the next two weeks.

This has been a difficult process and there are still challenging negotiations ahead. Nothing is agreed until everything is agreed. I am convinced that the proposal is a good basis for a compromise. It could not have been drafted without the close and good cooperation of the European Commission. In order to facilitate this process the Commission also made political declarations that are included in this package.

Let me briefly refer to all the four baskets of the proposal.

**On economic governance**, the draft Decision of the Heads sets out principles to ensure mutual respect between the Member States taking part in further deepening of the Economic and Monetary Union and those which do not. By doing that we can pave the way for the further integration within the euro area while safeguarding the rights and competences of non-participating Member States.

The respect for these principles is backed up by a draft Decision establishing a mechanism that while giving necessary reassurances on the concerns of non-euro area Member States, cannot constitute a veto nor delay urgent decisions. The exact conditions for triggering this mechanism remain to be further discussed.

**On competitiveness**, the draft Decision of the Heads [...] will set out our commitment to increase efforts to enhance competitiveness. We will regularly assess progress in simplifying legislation and reducing burden on business so that red tape is cut.

**On sovereignty**, the proposed Decision of the Heads recognises that in light of the United Kingdom's special situation under the Treaties, it is not committed to further political integration. It also reinforces respect for subsidiarity, and I propose that the Member States discontinue the consideration of a draft legislative act where a number of

---

<sup>9</sup> <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/02/02-letter-tusk-proposal-new-settlement-uk/>, letzter Aufruf: 5.2.2016



national parliaments object to it on the grounds of subsidiarity, unless the concerns raised can be accommodated. [...]

**On social benefits and free movement**, we need to fully respect the current treaties, in particular the principles of freedom of movement and non-discrimination. Therefore the proposed solution to address the UK concerns builds on the clarification of the interpretation of current rules, including a draft Commission Declaration on a number of issues relating to better fighting abuse of free movement.

The draft Decision of the Heads notes, in particular, the Commission's intention to propose changes to EU legislation as regards the export of child benefits and the creation of a safeguard mechanism to respond to exceptional situations of inflow of workers from other Member States. [...] This approach, as well as the exact duration of the application of such a mechanism need to be further discussed at our level. [...]

Our Sherpas and Permanent Representatives will meet on Friday this week to have the first discussion of the proposal. The clear objective is to have an agreement of all 28 at the February European Council. To succeed we will all need to compromise. To fail would be compromising our common future.

Donald Tusk, President of the European Council



## AB 5: Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union

### a. Wirtschaft

#### Exporte/Importe

Die Exporte aus dem Vereinigten Königreich in die Europäische Union machen beinahe 50% der Gesamtexporte sowie 10% des gesamten britischen Bruttoinlandsproduktes aus und sind verantwortlich für 2,3 Millionen Arbeitsplätze.

Gleichzeitig kommen über 55% der Importe in das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union, davon allein 14% aus Deutschland; diese Importe besitzen einen Wert von über 345 Milliarden Euro pro Jahr

Großbritannien und der Rest der EU sind wirtschaftlich eng miteinander verknüpft. Durch offene Grenzen, fehlende Zölle für Exporte und gemeinsame Sicherheitsstandards, welche durch die Europäische Union geschaffen wurden, ist der Handel innerhalb Europas so leicht und günstig wie nie zuvor. Durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union könnte es zu erneuten Grenzkontrollen, Zöllen und unterschiedlichen Standards in der Herstellung kommen, wodurch britische Produkte in Kontinentaleuropa teuer und somit weniger wettbewerbsfähig würden. Gleichzeitig würde Produkte aus der EU in Großbritannien ein ähnliches Schicksal treffen.

#### Arbeitsplätze

Allein 2800 deutsche Firmen operieren im Vereinigten Königreich und beschäftigen rund 500.000 Menschen; das sind ca. 1,5% aller britischen Beschäftigten; diese Firmen haben einem Umsatz von 207 Milliarden Pfund; für 2016 wird für diese Firmen sogar ein Umsatz von 250 Milliarden Pfund vorausgesagt

So beschäftigt beispielsweise Airbus (ein europäisches Konsortium) 10.000 Menschen im Vereinigten Königreich; 90.000 weitere Jobs im Vereinigten Königreich hängen direkt von Airbus ab, die Deutsche Bank beschäftigt 7000 Personen in London und weitere 1000 in Birmingham, die Produktion des Minis durch BMW beschäftigt 5500 Menschen im Vereinigten Königreich. Weitere Firmen, die wichtige Niederlassungen in Großbritannien unterhalten, sind Siemens, Bosch, VW, RWE, E.ON, ThyssenKrupp, Deutsche Telekom, Haribo und die Deutsche Post; diese investierten 2014 etwa 121 Milliarden Euro in Großbritannien

Gleichzeitig sind in etwa 3000 britische Unternehmen in Deutschland engagiert wie z. B. British Petroleum (BP), Shell oder Rolls Royce; diese investierten allein 2014 ca. 49 Milliarden Euro in Deutschland.





## Finanzmarkt und Firmen

London stellt innerhalb Europas das wichtigste Finanzzentrum dar, über das große Teile der finanziellen Transaktionen für die gesamte EU geregelt werden. Der Finanzsektor stellt 8% des Bruttoinlandsproduktes in Großbritannien dar und erwirtschaftet einen überproportional hohen Anteil am Steueraufkommen. Mit dem EU-Austritt würde dessen Bedeutung langsam schwinden und viele Banken ihr Geschäft für Europa voraussichtlich nach Frankfurt, Paris oder Dublin verlegen.

Auch für viele Firmen aus Asien und den USA stellt Großbritannien ein beliebtes Sprungbrett auf den Kontinent dar. Aufgrund der oft sehr unternehmerfreundlichen Gesetzgebung siedeln sie dort ihre Firmenzentralen für das Geschäft innerhalb EU an, da sie dank des gemeinsamen Binnenmarktes von dort aus überall in der EU agieren können, obwohl Großbritannien nicht den Euro angenommen hat.

## b. Politik

Großbritanniens EU-Politik kann den Eindruck erwecken, dass das Vereinigte Königreich nur auf das Durchsetzen von Sonderregelungen für das eigene Land aus ist. Man darf hierbei nicht vergessen, dass Großbritannien der wichtigste Fürsprecher für die Umsetzung des gemeinsamen Binnenmarktes war, der nun als Erfolgsprojekt eines der Aushängeschilder der EU darstellt. Weiterhin engagiert Großbritannien sich besonders bei Themen wie der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums, dem internationalen Freihandel sowie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Außerdem war Großbritannien immer einer der größten Förderer der Erweiterung der Europäischen Union.

Mit 73 Mitgliedern des Europäischen Parlaments stellt Großbritannien 9,7% der Stimmen und somit einen wichtigen Partner. Insbesondere mit zwischen deutschen und britischen Parlamentsabgeordneten gab es in der Vergangenheit viele Kooperation, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Gleichzeitig gehört das Vereinigte Königreich weder der Euro-Zone noch dem Schengen-Raum an, beteiligt sich nicht am Stabilisierungsmechanismus für die Eurozone und unterzeichnete ebenfalls nicht den ESM-Fiskalpakt. Mit seinem weitreichenden diplomatischen Einfluss, seinen guten Beziehungen zu den USA und zu den vielen ehemaligen Kolonien in Form des Commonwealth sowie seinen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stellt Großbritannien einen wichtigen Pfeiler für die Außenpolitik der Europäischen Union dar. Weiterhin gibt das Vereinigte Königreich von allen EU-Staaten mit ca. 58 Milliarden Euro jährlich die größte Summe das eigene Militär aus. Damit ist Großbritannien ein extrem wichtiger Teilnehmer für die Gemeinsame Sicherheit- und Verteidigungspolitik. Großbritannien stellt mit 12,5% der Gesamtbevölkerung, 14,8% der Wirtschaftsleistung und 19,4% der Exporte in Länder jenseits der EU einen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Akteur in Europa dar.



## Quellen zur weiteren Recherche

- Auswärtiges Amt  
[http://www.auswaertiges-  
amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Grossbritannien/Wirtschaft\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Grossbritannien/Wirtschaft_node.html)
- European Council on Foreign Relations  
[http://www.ecfr.eu/publications/summary/the\\_british\\_problem\\_and\\_what\\_it\\_means\\_for\\_europe311252](http://www.ecfr.eu/publications/summary/the_british_problem_and_what_it_means_for_europe311252)
- Observatory of Economic complexity  
<http://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/gbr/>



## **AB 6: Die Europäische Union: Prinzipien und Strukturen im Hinblick auf Großbritanniens Wünsche**

Die Europäische Union basiert auf mehreren Prinzipien. Neben der Demokratie und den Menschenrechten sind das die Supranationalität und die EU als Rechtsgemeinschaft.

Supranationalität bedeutet, dass die Mitgliedstaaten nationale Souveränität auf die europäische Ebene abgeben und dort gemeinsam ausüben. Es werden gemeinsam Regeln beschlossen, die dann aber auch für alle gelten. In der EU gibt es drei Politikbereiche, solche in ausschließlich europäischer Zuständigkeit (wie Handel und Binnenmarkt), solche in gemischter Zuständigkeit (wie Umweltschutz und Verkehr) und die in nationaler Zuständigkeit bleiben (wie Bildung und Kultur). Kein Land hat also mehr die volle Kontrolle über seine eigenen Angelegenheiten, sondern tauscht diese gegen die Mitsprache bei den Partnern.

Die Supranationalität ist das Fundament der europäischen Integration. Nur sie garantiert, dass die EU sich weiterentwickeln kann, da sie Verbindlichkeit und Verlässlichkeit schafft. Das setzt aber voraus, dass letztendlich – notfalls nach viel Streit und einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs – alle sich an die getroffenen Beschlüsse halten. Die EU ist auf die Rechtstreue ihrer Mitglieder angewiesen. Sie hat ja keine eigene vollziehende Gewalt, kein „Eurocop“ kann die Bundeskanzlerin verhaften, weil sie gegen europäisches Recht verstößt.

Die Grundpfeiler der EU lassen sich durch die Wörter „Binnenmarkt“, „Schengen“ und „Euro“ kennzeichnen. Durch sie wird der Zusammenschluss der europäischen Völker zu einer Union für den Einzelnen spürbar. Freier Handel, Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit, unkontrolliertes Reisen, gemeinsame Währung: Das sind die tragenden Säulen der europäischen Integration.

Der Binnenmarkt, der nicht nur Waren, Dienstleistungen und Kapital, sondern auch Arbeitnehmern Bewegungsfreiheit garantiert, basiert auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung. Eine Ware, die in Frankreich legal in den Verkehr gebracht wird, darf genauso in Deutschland verkauft werden. Und ein Arbeitnehmer aus Polen wird in Deutschland genauso behandelt wie ein Deutscher, er genießt dieselben sozialen Rechte und hat Anspruch auf dieselben sozialen Leistungen.

Bei Schengen, also dem unkontrollierten Reisen innerhalb der EU, sowie bei der gemeinsamen Währung Euro machen die Briten nicht mit. Für beide Bereiche haben sie sich von Anfang an ein „opt-out“ reserviert, also das Zugeständnis, an diesen Politiken nicht teilnehmen zu müssen. Während dies für Großbritannien bei Schengen kein Problem ist, da der Zugang zur britischen Insel leicht zu kontrollieren ist, stellt die freiwillige Nichtteilnahme an der Währungsunion für Großbritannien auch einen Nachteil dar. Viele finanzpolitische Entscheidungen fallen mittlerweile in der Eurogruppe. Großbritannien strebt daher eine Mitwirkung an diesen Entscheidungen an, auch wenn es weiterhin außerhalb des Eurosystems stehen will.

Seit den Römischen Verträgen von 1957, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft „EWG“ gegründet wurde, ist im EU-Vertrag die Rede von der



„immer engeren Union der Völker Europas“ (Art. 1 EUV). Damit wird die Absicht ausgedrückt, die europäische Integration immer weiter zu vertiefen. Direkte Rechtsfolgen ergeben sich aus dieser Absichtserklärung aber nicht.



## **AB 7: Camerons Forderungen - Positionen der anderen EU-Staaten**

### Wirtschaftspolitik

#### **Forderungen:**

- Beschlüsse für die Eurozone, welche auch andere EU-Mitglieder ohne den Euro betreffen, sollen mit diesen zusammen beschlossen werden
- Keine finanzielle Unterstützung für den Euro durch Mitglieder außerhalb der Eurozone
- Sonderrechte zum Schutz der Londoner Finanzindustrie

#### **Pro:**

- Im Bereich der Finanzwirtschaft wurde eine Abstimmung mit doppelter Mehrheit bereits eingeführt (50% der Euro-Länder sowie der weiteren EU-Mitglieder)

#### **Neutral:**

- Der französische Wirtschaftsminister kündigte die Stärkung der Eurozone per Vertragsänderung nach den deutschen und französischen Wahlen 2017 an; hierbei könnten britische Sorgen adressiert werden, allerdings liegt der Termin nach dem britischen Referendum

#### **Contra:**

- Forderung Camerons: Doppeltes Mehrheitsprinzip bei Abstimmung mit Euro- und Nicht-Euro-Mitgliedern muss auch dann beibehalten werden, wenn Anzahl der Nicht-Euro-Mitglieder unter 4 fällt -> würde bei Expansion des Euroraumes auf britisches Veto hinauslaufen
- Deshalb wird die Erweiterung dieses Prinzips (doppelte Mehrheit von Euro- und Nicht-Eurostaaten) auf andere Bereiche eher abgelehnt. Mehr Mitsprache bei geringerer Beteiligung in der EU für UK wird von den meisten Mitgliedern abgelehnt.



## Wettbewerbsfähigkeit

### **Forderungen:**

- Weiterer Ausbau des gemeinsamen Binnenmarktes, besonders im Bereich Dienstleistungen, Energie und Digitales
- Neue Handelsabkommen mit den USA, Japan und den südamerikanischen Staaten
- Weniger bürokratische Barrieren für die Wirtschaft

### **Pro:**

- Kommission arbeitet gerade daran, unnötige Gesetze auszusieben
- Der Ausbau des Binnenmarkt ist eine der Hauptaufgaben der EU -> findet auch ohne neuen Vertrag statt
- Großbritannien hat ohne die EU geringere Verhandlungsstärke, keinen Einfluss und Zugang zu TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)
- Großbritannien besitzt den am wenigsten regulierten Arbeitsmarkt; Mindestlohn und Planungsbeschränkungen sind weitestgehend hausgemacht
- Manche Länder, so auch Deutschland, betreiben sehr erfolgreich internationalen Handel -> die EU stellt hierbei kein Hindernis dar.

### **Neutral:**

- TTIP ist in einigen Ländern sehr umstritten, daher ist es unklar, ob und in welcher Form es letztendlich umgesetzt wird

### **Contra:**

- Sonderregelungen wie für die französische Landwirtschaft oder geschützte Herkunftsbezeichnungen stehen Freihandel konträr entgegen



## Staatshoheit

### **Forderungen:**

- Rückgabe von Befugnissen an die nationalen Parlamente, möglicherweise nach dem System der „Roten Karte“
- Stärkere Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips: was von den Mitgliedsstaaten selbst geregelt werden kann, soll nicht durch die EU geregelt werden, insbesondere die nationale Sicherheit („Europa wenn notwendig, national wenn möglich“)
- Ablehnung einer „immer engeren Union“ als Verpflichtung für alle Mitgliedsstaaten, welche zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ führen könnte
- Überlegung Camerons: Austritt des Vereinigten Königreiches aus Europäischer Menschenrechts-Konvention, Schaffung einer British Bill of Rights

### **Pro:**

- Außen- und Sicherheitspolitik wird einstimmig entschieden -> Großbritannien verfügt über ein Veto
- „Immer engere Union“ = generelle Absichtserklärung, kein festes Programm; Europa der zwei Geschwindigkeiten möglich
- Subsidiarität ist ein Grundprinzip der EU, welches nun noch stärker beachtet werden soll

### **Neutral:**

- Hohe Flexibilität in Bezug auf Integration existiert bereits (Euro-Zone, Schengen-Raum) und ebenso Sonderkonditionen (Brittenrabatt, britischer Austritt aus dem Quotenplan zur Verteilung von Flüchtlingen) und Opt-outs in den Bereichen der Rechts- und Innenpolitik
- Beteiligung der Parlamente durch Ausbau des bisherigen Systems der „Gelben Karte“ (Veto, wenn sich 1/3 der Parlamente zusammenschließen) und „Grünen Karte“ (Vorschläge an die EU)

### **Contra:**

- Blockade von „ungewollten“ EU-Gesetzen entweder durch einstimmige Abstimmungen in allen Fragen oder die Möglichkeit, dass die nationalen Parlamente die Umsetzung verweigern können -> läuft auf EU-Vertragsänderung hinaus, welche von vielen Mitgliedern abgelehnt wird (Europa à la carte)



## Soziale Sicherheit

### **Forderungen:**

- Schutz vor „Wohlfahrtstourismus“ innerhalb der EU, Sozialleistungen sollen auf Migranten beschränkt werden, welche bereits vier Jahre in ihrer neuen Wahlheimat arbeiten
- Künftige EU-Erweiterungen sollen nicht zu „massiven Einwanderungen führen“; Möglichkeiten zum Stopp von EU-Binnenmigration für betroffene Staaten schaffen
- Einfachere Abschiebung von kriminellen Einwanderern; Maßnahmen gegen Einwanderung über Scheinehen

### **Pro:**

- Neue Urteile des Europäischen Gerichtshofes grenzen Anspruch auf Sozialleistungen stark ein bzw. koppeln diese an einen permanenten Wohnort (Urteile in den Fällen Alimanovic und Dano)
- Umfassende Sozialleistungen oft an Arbeitstätigkeit vor Ort gekoppelt; geringfügige Sozialleistungen nicht attraktiv genug um Wohlfahrtstourismus anzuregen; EU-Erweiterungen müssen einstimmig beschlossen werden, daher hat Großbritannien immer Vetorecht
- Das Problemthema Immigration ist ohne EU (insbesondere Frankreich) noch schwieriger zu regeln
- Viel Unterstützung durch andere europäische Länder in diesem Punkt

### **Neutral:**

- Europäische Kommission arbeitet gerade an einem Gesetzesentwurf zur Koordination der europäischen Sozialsysteme und zur Begrenzung vom Missbrauch der Systeme durch Migranten innerhalb der EU -> hier könnten viele von Camerons Forderungen geregelt werden

### **Contra:**

- Diskriminierung von EU-Bürgern steht für die Mitgliedsländer nicht zur Debatte
- weitergehende Marktintegration von vielen ohne angepasstes Sozialsystem als schwierig betrachtet